Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lohnenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Einmischungen bei Wahlen? Die USA sind dabei selber führend (1)
2. Erfolg für die EU: US-Präsident Trump will im Handelsstreit abrüsten
3. Juncker – Trump: Another Fake Deal
4. USA gefährden Geldpolitik der EZB
5. Das große Kliniksterben auf dem Land
6. Deutsches Geld für Kriege im Nahen und Mittleren Osten
7. I traced missile casings in Syria back to their original sellers, so it's time for the west to reveal who they sell arms to
8. US munition drops on Afghanistan on pace to set record this year
9. Neue RTL-Sendung "Zahltag": "Noch gefährlicher als die reinen Trash-Formate"
10. Tel Aviv hilft Islamisten

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Einmischungen bei Wahlen? Die USA sind dabei selber führend (1)**
   Die Empörung ist scheinheilig. Was Russen in den USA taten, tun die USA seit Jahrzehnten in viel grösserem Stil. Ein Überblick. (…)
   Kaum erwähnt wird dabei, dass die USA selber Champion im Beeinflussen ausländischer Wahlen sind. Quod licet Iovi, non licet bovi (deutsch: «Was dem Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen nicht erlaubt»).
   Fakten
   Ein Hacker namens «Guccifer 2.0» hackte ein Computernetzwerk der Demokraten und stellte die gestohlenen Daten WikiLeaks und anderen zur Verfügung. Nach Angaben von Sonderermittler Mueller steckt hinter «Guccifer 2.0» der militärische russische

Geheimdienst.
Gesichertes Wissen ist, dass viele Tweets, Posts und Inserate auf Facebook sowie Videos auf Youtube, die sich auf den US-Wahlkampf bezogen, auf Accounts in Russland zurückgingen. Um die Herkunft zu vertuschen, wurden zum Teil Identitäten echter US-Bürgerinnen und Bürger benutzt.
Unklar ist, wer hinter diesen Accounts steckt. Das Manipulieren von Accounts und Vertuschen der Hinterleute ist verbreitet. Es ist möglich, aber nicht belegt, dass russische Institutionen und zum Teil Regierungskreise die Fäden zogen.
Vor dem Justiz-Ausschuss des US-Kongresses erklärten Vertreter von Facebook, Twitter und Google, dass 1,5 Millionen Tweets auf russische Accounts zurückzuführen seien. Andere Quellen sprachen von 2,1 Millionen Tweets, die u.a. von Robotern ausgelöst wurden. Facebook gab an, 80’000 Posts mit Verbindungen zu Russland gezählt zu haben.
Diese Zahlen haben grosse Medien auch in Europa verbreitet. Sie weckten den Eindruck einer gigantischen Wahlmanipulation. Denn meistens informierten diese Medien nicht gleichzeitig darüber, dass die 1,5 oder 2,1 Millionen Tweets weniger als ein Prozent – 1 % – aller Wahlkampf-Tweets ausmachten. Berücksichtigt man lediglich die Tweets, die wahrgenommen wurden, sind es nur 0,5 (Quelle: New York Times). (…)
Hinzuzufügen ist die Datenanalyse-Firma Cambridge Analytica, die über 50 Millionen Datensätze von Facebook-Nutzern für Donald Trump eingesetzt hatte.
Wahlen beeinflussen: «Die wahren Profis sind die Amerikaner selbst»
Über die Wahlbeeinflussung der Russen «können Insider nur müde lächeln», schrieb New-York-Korrespondent Andreas Mink am 4. März in der «NZZ am Sonntag». Denn: «Die wahren Profis dieses Metiers sind die Amerikaner selbst».
Es ist eine Binsenwahrheit, dass alle Grossmächte schon immer versucht haben und versuchen, die Entwicklungen in andern Staaten zu beeinflussen:

- mit getarnten Aktivitäten in den Social Media;
- mit dem Ausspionieren im Internet («Cybar War»);
- mit dem Finanzieren und zum Teil Bewaffnen von Oppositionsgruppen;
- mit der Finanzierung von NGOs, Oppositionsgruppen und «Think Tanks» in andern Ländern; Als Vehikel dient beispielsweise weltweit die mit Staatsgeldern finanzierte US-Organisation «National Endowment for Democracy».
- mit weltweit von der US-Regierung finanzierten Sendern «Radio Liberty» und «Radio Free Europe» oder «Radio Free Asia», die teilweise auch TV-Kanäle

betreiben. Russland finanziert seit 2005 den Auslandfernsehsender «RT», vormals «Russia Today». Das Satellitenprogramm wird mit unterschiedlichen Inhalten auf Englisch, Arabisch, Spanisch und Französisch ausgestrahlt.

- mit dem Finanzieren und Platzieren von Beiträgen im Fernsehen und Radio, deren Quellen nicht offengelegt werden, zum Manipulieren der öffentlichen Meinung;

- usw.

Quelle: Infosperber

und: Einmischung in andere Länder? USA gegen Russland/UdSSR (2)
Die USA intervenierten seit 1946 81x, der Kreml 36x im Ausland und beeinflussten Wahlen. Die Empörung in den USA ist scheinheilig.
Ein erster Teil zeigte auf, dass fast alle Verunglimpfungen Hillary Clintons und fast alle Gerüchte und Lügen über die Präsidentschaftskandidatin während des Wahlkampfs nicht aus Quellen in Russland stammten, sondern von fundamentalistischen und rechtsextremen Gruppierungen sowie vom Trump-Umfeld in den USA (z.B. Brad Parscale oder Vincent Harris).
Über die Wahlbeeinflussung der Russen «können Insider nur müde lächeln», schrieb New-York-Korrespondent Andreas Mink am 4. März in der «NZZ am Sonntag». Denn: «Die wahren Profis dieses Metiers sind die Amerikaner selbst».
Der NZZ-Korrespondent zitierte eine Statistik des Politologen Dov H. Levin vom «Institute for Politics and Strategy» der Carnegie-Mellon Universität in Pittsburgh. Levin hatte in seiner Doktorarbeit die Wahleinmischungen der USA sowie der UdSSR und von Russland zwischen 1946 und 2000 dokumentiert. Sein Fazit:

- Die USA haben mindestens 81-mal bei Wahlen im Ausland interveniert.

- Der Kreml hat 36-mal bei Wahlen im Ausland interveniert.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die USA seit dem Zweiten Weltkrieg die Grossmacht Nummer eins sind und ihre Vormacht auf der halben Weltkugel verteidigen. Die UdSSR und später Russland dagegen waren und sind mit Abstand Grossmacht Nummer zwei und sicherten ihre Vormacht vor allem im weiteren, allerdings grossen geografischen Umfeld ihres Landes ab.

Quelle: Infosperber

2. **Erfolg für die EU: US-Präsident Trump will im Handelsstreit abrüsten**
   Beim Treffen mit EU-Chef Juncker macht der US-Präsident überraschend Zugeständnisse. Er möchte mit den Europäern ein großes Abkommen aushandeln und auf Autozölle vorerst verzichten.
   Quelle: Spiegel Online

   Anmerkung André Tautenhahn: *Diese Jubelmeldung ist bezeichnend, wonach es gestern in Washington gelungen sei, einen Deal zwischen den USA und der EU auszuhandeln. Demnach ist die EU bereit, „massiv" Fracking Gas und „sofort" Sojabohnen einzuführen, während Trump weiter darüber nachdenkt, Zölle auf Stahl und Aluminium zu senken oder Zölle auf Autos zu erheben. Das ist doch kein Erfolg, sondern eher eine Kapitulation der EU vor den USA. Trotzdem gibt es Beifall, vor allem von deutscher Seite. Wirtschaftsminister Altmaier schreibt:*

> Gute Nachricht aus USA! @JunckerEU & @MalmstromEU haben großartig verhandelt: Zölle runter, nicht rauf! Freier Handel & Mio Jobs gesichert!
>
> — Peter Altmaier (@peteraltmaier) 25. Juli 2018

Dabei hatte sich die Bundesregierung beispielsweise immer gegen die Einfuhr von Flüssiggas aus den USA gewehrt. Und was ist mit der europäischen Einigkeit? Wie werden wohl die Franzosen über den Deal denken, die doch bislang strikt gegen jede Form von erpressten Zugeständnissen waren? Außenminister Heiko Maas ist sich da sicher. Europa sei geeint aufgetreten.

> Einigung im #Handelsstreit zeigt: Wenn Europa geeint auftritt, hat unser Wort Gewicht. Wir sind keine Gegner der USA. Hoffentlich reift diese Erkenntnis auch im Weißen Haus wieder zu dem was sie bis vor Kurzem war: eine Selbstverständlichkeit. #EuropeUnited https://t.co/saFKDBfhuv
>
> — Heiko Maas (@HeikoMaas) 26. Juli 2018

3. **Juncker – Trump: Another Fake Deal**
   Was soll man von Junckers Handelspakt mit US-Präsident Trump halten? Ist es ein Durchbruch, wie man in Berlin jubelt, oder eine "handelspolitische Kapitulation", wie man in Paris unkt?
   Zunächst einmal ist es eine gute Nachricht, dass die drohende Eskalation im Handelsstreit abgewendet wurde. Auch dass Trump nun verhandeln will, ist ein Fortschritt. Allerdings finden die Verhandlungen nach US-Konditionen statt. Die illegalen Strafzölle auf Stahl und Aluminium werden nicht zurückgenommen, sondern nur geprüft.
   Die EU lässt sich also auf Gespräche mit "vorgehaltenem Revolver" ein – ein bisher einmaliger Vorgang und noch dazu ein klarer Bruch der Brüsseler Absprachen. Juncker bricht auch sein Wort, wenn er Trump bei Sojabohnen und Flüssiggas entgegenkommt. Zumindest fürs Soja hat er kein Mandat. Und er kann auch nicht sicherstellen, dass die Europäer mehr Soja kaufen.
   Beim Flüssiggas dürfte es noch Jahre dauern, bis die nötigen Terminals stehen. Bisher ist das Gas aus den USA nicht einmal wettbewerbsfähig, da viel zu teuer.
   Quelle: Lost in Europe
4. **USA gefährden Geldpolitik der EZB**
   Die Attacken der USA gefährden auch die bisherige Geldpolitik der europäischen Währungshüter. Deren Ziel war ja, den europäischen Unternehmen günstige Bedingungen zu schaffen, damit sie mehr exportieren können. Jetzt, da Trump die Schotten dicht macht, drohen jahrelange Anstrengungen und Maßnahmen, die am Rande der Legalität umgesetzt wurden, zu verpuffen. EZB-Präsident Draghi machte auf der letzten Pressekonferenz auch keinen Hehl daraus, dass er die Verursacher dieser Entwicklungen für verantwortungslos hält. In ungewöhnlich deutlicher Form forderte er die USA auf, das Welthandelssystem nicht zu zerstören. "Wenn wir das multilaterale System untergraben, das unsere Existenz seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges begleitet und zu einem lang anhaltenden Wohlstand geführt hat, dann verursachen wir sehr ernsthaften Schaden", sagte Draghi nach der Ratssitzung im lettischen Riga. Mit Blick auf ähnliche Entwicklungen in den 1920er- und 1930er-Jahren betonte er: "Unsere Vorfahren haben das und die Folgen schon einmal erlebt. Wir brauchen das nicht noch einmal!"
   Draghi dürfte deshalb auch in dieser Woche deutliche Worte finden. Ob das Eindruck auf einen beratungsresistenten US-Präsidenten macht, dem jegliches Geschichtsbewusstsein fehlt, ist allerdings zu bezweifeln.
   Quelle: Tagesschau

   Anmerkung André Tautenhahn: *Das ist schon eine tolle Erzählung der Geschichte.*

Das Ziel der EZB war doch nicht, nur für Unternehmen günstige Bedingungen zu schaffen. Draghi betonte immer wieder, dass die Fiskalpolitik und insbesondere der deutsche Finanzminister ebenfalls reagieren und Spielräume für Investitionen nutzen müsse. Die günstigen Kreditbedingungen gelten ja auch für den Staat, der mehr Schulden aufnehmen sollte, wenn es die Unternehmen selbst nicht tun. Der Staat muss für die Belebung der Binnenkonjunktur sorgen, wo doch selbst die Institute und Herr Weidmann erkennen, dass ein Ende des „Aufschwungs" immer wahrscheinlicher wird. Doch von einem Konjunkturprogramm ist keine Rede. Es geht nur gegen Trump. Er ist jetzt verantwortlich für die Misere. Wie bequem. Doch an der restriktiven Haushaltspolitik und den niedrigen Zinsen für die Sparer ist Trump gar nicht schuld, sondern immer noch der Denkfehler, wonach einer Sparabsicht volkswirtschaftlich betrachtet zwingend auch der Sparerfolg folgen müsse. Das fehlende Geschichtsbewusstsein liegt dann also eher bei denen vor, die offenbar nicht erkennen wollen, dass es die schwarzen Nullen und Schuldenbremsen sind, die der verheerenden Politik eines Reichskanzlers Brüning am Ende der Weimarer Republik entsprechen.

5. **Das große Kliniksterben auf dem Land**
   Bald soll es nur noch 628 Notfallkliniken in Deutschland geben – statt derzeit 1748. Von der Schließung betroffen ist etwa das Krankenhaus im bayerischen Hersbruck. Während der Klinikbetrieb bereits heruntergefahren wird, kämpft eine Bürgerinitiative für den Erhalt.
   Thomas Grüneberg, Geschäftsführer der Träger-GmbH Krankenhäuser Nürnberger Land, zuständig für Hersbruck, argumentiert vor allem mit Zahlen. Ein Hauptgrund für die Schließung in Hersbruck sei der Zustand des Gebäudes: "Momentan stehen wir vor der Entscheidung, sanieren zu müssen. Wir haben das mal schätzen lassen, das liegt bei 26 Millionen Euro und das ist eine Investitionssumme für ein 60-Betten-Haus, das in keiner Relation steht."
   Das stimme nicht, sagen dagegen Kritiker. Es gehe dem Träger vielmehr darum, dass ein Haus mit 60 Betten heute als nicht mehr rentabel gelte. Der betriebswirtschaftliche Richtwert liegt bei 300 Betten. Die Folgen: Anonyme, zentralisierte Großkliniken mit riesigem Einzugsgebiet. Dagegen demonstrieren die Bürger von Hersbruck seit Monaten. Bislang ohne Erfolg. An ihrer Seite Bürgermeister Robert Ilg:
   "Es ist komplex, die Sachlage. Es fängt an mit der Verlagerung der Betten und mit dem Wegzug des Krankenhauses. Aber es hängt ja viel mehr dran. Wir haben große Sorge, dass in der Nachfolge dann auch fachärztliche Praxen den Standort verlassen, dass die Bereitschaftspraxis, die hier am Ort mit im Krankenhaus untergebracht ist,

dann auch dem Krankenhausstandort Lauf zugeschlagen wird. Und dass in der Folge auch Apotheken und weitere Dienstleister den Standort verlassen werden."
Anfang August soll es ein Treffen mit Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml geben. Horst Vogel, Mitglied der Bürgerinitiative, erhofft sich viel davon. Denn: "Für unseren ländlichen Raum wäre das eine Katastrophe, wenn das wegbricht, da geht was verloren, das werden wir nie mehr kriegen."
Quelle: Deutschlandfunk Kultur

6. **Deutsches Geld für Kriege im Nahen und Mittleren Osten**
Offenbar unbeeindruckt von Tod, Flucht und Vertreibung in aktuellen Kriegsgebieten, haben deutsche Banken und Investoren in den vergangenen drei Jahren hohe Geldsummen in Rüstungskonzerne gepumpt, die den Nahen und Mittleren Osten massiv aufrüsten und insbesondere den Krieg im Jemen befeuern.
Zu diesem Ergebnis kommt die heute veröffentlichte Studie „Dirty Profits – Unser Geld für Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete" der Menschenrechtsorganisationen Facing Finance und urgewald. 10 von 17 untersuchten deutschen Banken sowie alle 4 untersuchten deutschen Vermögensverwalter sind an Rüstungsexporteuren beteiligt, die Länder beliefern, die gegen den Jemen Krieg führen.
Die untersuchten Banken unterstützten die Rüstungsfirmen im Zeitraum 2015 – 2017 mit über 9 Mrd. Euro in Form von Krediten und ausgegebenen Anleihen. Zu den größten Finanziers zählen die UniCredit Group/HypoVereinsbank und die Deutsche Bank mit Finanzbeziehungen zu 7 bzw. 8 der 10 untersuchten Firmen, gefolgt von der Commerzbank und der BayernLB mit je 5 Rüstungskunden. Zu den geförderten Unternehmen zählen ThyssenKrupp mit U-Boot-Lieferungen nach Ägypten oder der deutsche Rüstungs-„Exportweltmeister" Rheinmetall mit Exporten an gleich 5 der Staaten, die Krieg im Jemen führen, z.B. Kuwait oder die Vereinigten Arabischen Emirate. Auch die US-Unternehmen Lockheed Martin, Boeing und Raytheon, die zu den Hauptlieferanten der Golf-Allianz gehören, bekamen Gelder von deutschen Finanzhäusern. Heraus sticht ein 750-Mio-Euro-Kredit der Unicredit Group, zu der die HypoVereinsbank zählt, für Lockheed Martin. Dieses Unternehmen liefert seine Rüstungsgüter gleich an 7 der 8 Mitglieder der Golf-Allianz.
Quelle: Facing Finance

7. **I traced missile casings in Syria back to their original sellers, so it's time for the west to reveal who they sell arms to**
I don't think either Nato or the EU has the slightest interest in chasing the provenance of weapons in the hands of Islamist fighters in Syria or anywhere else in the Middle East
Readers, a small detective story. Note down this number: MFG BGM-71E-1B. And this number: STOCK NO 1410-01-300-0254. And this code: DAA A01 C-0292. I found all

these numerals printed on the side of a spent missile casing lying in the basement of a bombed-out Islamist base in eastern Aleppo last year. At the top were the words "Hughes Aircraft Co", founded in California back in the 1930s by the infamous Howard Hughes and sold in 1997 to Raytheon, the massive US defence contractor whose profits last year came to $23.35bn (£18bn). Shareholders include the Bank of America and Deutsche Bank. Raytheon's Middle East offices can be found in Saudi Arabia, the United Arab Emirates, Israel, Egypt, Turkey and Kuwait.
There were dozens of other used-up identical missile casings in the same underground room in the ruins of eastern Aleppo, with sequential codings; in other words, these anti-armour missiles – known in the trade as Tows, "Tube-launched, optically tracked and wire-guided missiles" – were not individual items smuggled into Syria through the old and much reported CIA smugglers' trail from Libya. These were shipments, whole batches of weapons that left their point of origin on military aircraft pallets.
(…) It is a fact, I'm sorry to recall, that of all the weapons I saw used in the 15-year Lebanese civil war (1975-1990), not one was in the hands of those to whom those same weapons were originally sold. Russian and Bulgarian Kalashnikovs sold to Syria were used by Palestinian guerrillas, old American tanks employed by the Lebanese Christian Phalange/Lebanese forces were gifts from the Israelis who received them from the US.
(…) Why don't Nato track all these weapons as they leave Europe and America? Why don't they expose the real end-users of these deadly shipments? The arms manufacturers I spoke to in the Balkans attested that Nato and the US are fully aware of the buyers of all their machine guns and mortars. Why can't the details of those glorious end user certificates be made public – as open and free for us to view as are the frightful weapons which the manufacturers are happy to boast in their catalogues….
Quelle: Independent

8. **US munition drops on Afghanistan on pace to set record this year**
The United States military is on course to drop a record number of munitions in Afghanistan this year.
U.S. Air Force data released Friday showed that aircraft released 2,911 bombs and missiles over the country during the first half of 2018 — a higher number for that period than during the surge of 2010, when about 100,000 American troops were in Afghanistan.
Last month, 572 munitions were dropped despite an Afghan government cease-fire that ran from June 12 to 29. During that time, the U.S. suspended offensive strikes against the Taliban but continued counterterrorism operations, conducting more than 80 strikes against a local branch of the Islamic State group, the Air Force said.
Airstrikes resumed on June 30 after the Taliban ignored a call by the government to

extend a ceasefire of their own.
"Until the Taliban show they're willing to reconcile with the Afghan government, they will remain square in our cross hairs," Lt. Gen. Jeffrey Harrigian, Combined Forces Air Component commander for U.S. Central Command, said in the AFCENT Airpower Summary. "We remain steadfast in our resolve to take Taliban fighters off the battlefield and decimate their revenue sources."
Quelle: Stars and Stripes

9. **Neue RTL-Sendung "Zahltag": "Noch gefährlicher als die reinen Trash-Formate"**
Ein Koffer voller Geld wird vor die Tür einer Hartz-IV-Familie gestellt. Schafft sie es damit aus der Misere? Das ist das Konzept der RTL-Show "Zahltag". Journalist Sebastian Friedrich sieht das Format kritisch.
(…) "Die Grundidee ist erstmal nicht so falsch. Eine Anschubfinanzierung, um aus Hartz IV rauszukommen, dagegen ist erstmal nichts zu sagen, und die Sendung an sich ist nicht zu vergleichen mit den Trash-Formaten, wie wir sie aus den früheren Jahren oder aus den Richter-Shows kennen. Da gibt es eine positive Entwicklung.
Aber die Geschichte, die hier im Endeffekt erzählt wird, ist dann wieder die gleiche: Man kann sich am eigenen Schopf packen und selbst aus den Problemen wieder rauskommen. Und diese neoliberale Erzählung von 'jeder ist seines Glückes Schmied', die ist unter dem Strich trotzdem menschenfeindlich."
(…) Guter Arbeitsloser, böser Arbeitsloser
Diese Fragestellung werde zwar subtiler behandelt als in anderen Formaten, aber die Dramastruktur bediene das Bild vom faulen Arbeitslosen, meint Friedrich. Die Sendung arbeite viel mit Antagonismen, in dem Fall dem Gegensatz zwischen dem guten und dem bösen Arbeitslosen, also auf der einen Seite die gute Sparerin, auf der anderen Seit derjenige, der das Geld einfach verprasst.
"Ich finde die Sendung noch gefährlicher als die reinen Trash-Formate, denn diese Sendung funktioniert viel subtiler. Durch diesen dokumentarischen Stil wird hier so getan, als sei das hier eine objektive Sendung, ein objektives Format, um die Eingangsfrage, ob die Arbeitslosen zurecht arbeitslos sind, zu beantworten. Wir haben hier durch diese auf den ersten Blick freundlichere, zugewandtere Art diese Ideologie von 'jeder ist seines Glückes Schmied'" viel subtiler vermittelt."
Quelle: Deutschlandfunk

10. **Tel Aviv hilft Islamisten**
Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat den Abschuss eines syrischen Kampfjets im Südwesten des Nachbarlandes durch die israelische Armee (IDF) als »angemessen« bezeichnet. Die syrischen Streitkräfte bestätigten den Tod eines der zwei Piloten. Damaskus wirft Tel Aviv vor, mit dem Angriff »bewaffnete

Terrorgruppen« zu unterstützen. Der Jet war im Einsatz gegen die »Khalid Ibn Al-Walid«-Armee im Jarmukbecken.
Ein IDF-Sprecher gab an, der Kampfjet habe »israelischen Luftraum« verletzt und sei daraufhin mit zwei »Patriot«-Raketen abgeschossen worden. Vorher habe man sich vergewissert, dass es sich nicht um eine russische Maschine handelte. Erst am Wochenende, anlässlich der spektakulär inszenierten »Rettungsaktion« für die sogenannten Weißhelme, hatte ein IDF-Sprecher bekräftigt, man halte sich im Syrien-Krieg an das Gebot der Nichteinmischung.
Zum Abschuss des Kampfjets sagte ein namentlich nicht genannter Sprecher der syrischen Streitkräfte der Nachrichtenagentur SANA, das Flugzeug habe über dem Territorium der Arabischen Republik am Rande des Jarmukbeckens operiert. Syrische und jordanische Kampfjets hätten am Dienstag seit den frühen Morgenstunden das Gebiet im Südwesten bombardiert, um die dort verbliebenen Terrorgruppen zu vertreiben. Das Einsatzzone entlang der Grenzen zu Jordanien und den von Israel besetzten Golanhöhen umfasste 50 Quadratkilometer.
Weil auch jordanische Kampfjets an den Angriffen teilnahmen, war die US-geführte »Anti-IS-Allianz«, der Jordanien angehört, über den Einsatz der syrischen Kampfjets informiert. Aufgrund der engen Koordination zwischen Israel, Russland und den USA dürfte der IDF-Führung klargewesen sein, dass der Kampfjet – sollte er tatsächlich den Luftraum über den besetzten Golanhöhen benutzt haben – nicht Israel, sondern die IS-Kampfverbände im Jarmukbecken angreifen wollte.
Quelle: Karin Leukefeld auf junge Welt